

Südkoreanische Behörden verlängern Haftbefehl gegen Präsident Yoon

Südkoreanische Behörden haben den Haftbefehl gegen den suspendierten Präsidenten Yoon Suk Yeol verlängert. Er wird wegen seiner martialischen Gesetze und weiterer schwerwiegender Vorwürfe ermittelt.



Die südkoreanischen Behörden haben einen Antrag genehmigt, um **einen Haftbefehl** gegen den suspendierten Präsidenten Yoon Suk Yeol zu verlängern. Dies geschieht im Zusammenhang mit seiner überraschenden Erklärung des Kriegsrechts **vom letzten Monat**.

Details zur Inhaftierung

Der ursprüngliche Haftbefehl lief am Montag um Mitternacht (10 Uhr ET) aus, wurde jedoch am Dienstagmittag von dem westlichen Bezirksgericht Seoul auf Antrag des Büros für

Korruptionsbekämpfung (CIO) erneut ausgestellt.

Die Frist des Haftbefehls wurde nicht bekannt gegeben. Üblicherweise sind solche Befehle sieben Tage gültig, können aber verlängert werden, wenn das Gericht dies für notwendig hält.

Ermittlungen und Vorwürfe gegen Yoon

Das CIO, das zusammen mit der Polizei und dem Verteidigungsministerium Yoon untersucht, hat zudem beantragt, dass die Polizei den Haftbefehl für seine Festnahme vollzieht. Die Polizei verfügt über mehr Kräfte und Ausrüstung, um seine Festnahme durchzuführen, als die Anti-Korruptionsbehörde.

Yoon, der letzten Monat seine präsidialen Befugnisse nach seiner kurzzeitigen Anordnung des Kriegsrechts verlor, wird in mehreren Ermittlungen gesucht, darunter auch wegen des Vorwurfs, einen Aufstand angeführt zu haben – ein Verbrechen, das mit lebenslänglicher Haft oder sogar der Todesstrafe bestraft werden kann.

Politische Reaktionen und Proteste

Die Genehmigung des ursprünglichen Haftbefehls, der erstmals am 31. Dezember ausgestellt wurde, ist eine Premiere in der Geschichte Südkoreas, da gegen einen amtierenden Präsidenten ein solches Vorgehen gerichtlich genehmigt wurde.

Ermittler versuchten, Yoon am Freitag **festzunehmen**, mussten jedoch nach einem stundenlangen Streit am Präsidialamt abbrechen.

Öffentliche Kundgebungen und rechtliche Schritte

Am Montag versammelten sich sowohl Unterstützer als auch Gegner von Yoon in der Nähe des Präsidialamts, während die Polizei stark präsent war. Yoons Unterstützer haben geschworen, weitere Versuche, ihn festzunehmen, zu blockieren.

Um das Gelände wurden Stacheldrahtzäune errichtet, und die Eingänge wurden mit Fahrzeugen blockiert, wie aus Videos hervorgeht, die von CNN-Partner JTBC geteilt wurden.

Rechtsmittel und zukünftige Schritte

Yoon, ein ehemaliger Staatsanwalt, hat bislang geweigert, den Vorladungen der Ermittler nachzukommen, so das CIO.

Nach Vollstreckung des Haftbefehls beginnt eine 48-stündige Frist, innerhalb derer die Ermittler Yoon festhalten und befragen müssen. Das CIO müsste innerhalb dieses Zeitraums einen weiteren Haftbefehl beantragen, um ihn länger in Gewahrsam zu halten.

Die Erklärung des Kriegsrechts durch Yoon im Dezember stieß auf weitreichende öffentliche Ablehnung, auch Mitglieder seiner eigenen Partei wendeten sich gegen ihn und unterstützten die Abstimmung über ein Amtsenthebungsverfahren, nachdem er sich geweigert hatte, zurückzutreten.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Unterstützer des suspendierten Präsidenten sind der Ansicht, dass die gegen ihn eingeleiteten Maßnahmen gegen das südkoreanische Recht verstoßen. Yoon bleibt inmitten der Ermittlungen und des Amtsenthebungsverfahrens, das von einem der höchsten Gerichte des Landes vorangetrieben wird, unnachgiebig.

Am Freitag versammelten sich zudem Hunderte von Unterstützern vor Yoons Wohnsitz, um gegen die Maßnahmen zu protestieren. Sein Anwalt erklärte an diesem Tag, dass der

Gerichtsbeschluss „ein illegaler, ungültiger Haftbefehl“ sei, und kündigte an, rechtliche Schritte gegen dessen Vollstreckung einzuleiten.

Yoons Verteidigungsteam reichte ebenfalls eine einstweilige Verfügung gegen den Haftbefehl beim Verfassungsgericht ein, ebenso wie eine separate Einspruchsfrist zu einem unteren Gericht bezüglich des Beschlusses.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at